

auch die Politik Stresemanns übernommen habe und sie fortsetzen und fördern wolle.

Nach die Rechtsopposition hebt die Bedeutung der Reichstagsabstimmung davor, macht jedoch einiges Vorbehalt.

So schreibt der "Sparta", Reichsausßenminister T. G. Gugelius weiter: Ich, die Säule Deutschlands am Kriege ausseren, obwohl diese gesichtliche Arbeit im Vertrag enthalten ist. Über Dr. Gugelius schreibt wie Dr. Stresemann vor allem ein anderer Deutscher, ein Deutscher, der eine sehr nationale geprägte Partei angehört. Wenn Dr. Gugelius von der militärischen Entwicklung und von der Politik Stresemanns spricht, dürfte man annehmen, daß er sich darunter etwas anderes vorstellt, als das, wovon der "Quai d'Orsay" träumt.

Die Wiener Blätter zur Räumung der zweiten Rheinlandzone.

Wien. Die Blätter berichten ausführlich über die Räumung der zweiten Rheinlandzone und die Befreiungsfeiern, deren Höhepunkt durch den Rundfunk in Millionen Deutschen auf der ganzen Erde frohes Echo erweckt habe. Gleich anderen Blättern nennt auch die Reichsregierung die zweite Rheinlandräumung einen Erfolg der Friedensangehörigkeit. Allerdings, so führt das Blatt fort, sei es noch kein großer Erfolg und die Rheinlandräumung sei nicht identisch mit der vollen Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Denn es sei Deutschland verboten, auf dem linken Ufer des Rheins und in einem 50 km breiten Streifen rechts des Rheins Befestigungen anzulegen und Garnisonen zu halten. Auch die Zuständigkeit der Verteilungskommission erstrecke sich auf das rechte Rheinufer. Werner habe noch Artikel 430 des Versailler Vertrages in Kraft. So bleibe das Rheinland auch weiterhin unter völkerrechtlichen Ausnahmeverbindungen, wie sie für kein anderes Grenzland in Europa vorhanden seien. Diese Sonderbehandlung komme umso schwieriger zum Ausdruck, als auf der französischen Seite der Grenze mit dem enormen Festungsgürtel ungefähr das Gegenteil einer neutralen Zone geschaffen werde. Das Problem der Rheinlandgrenze werde also mit der Räumung der befreiten Gebiete nur zum geringsten Teil gelöst. Es wäre ein gewaltiges Friedenswerk, die ganze Grenze von Basel bis Lüttich auf beiden Seiten zu entmilitarisieren unter gegenseitiger Kontrolle. Die Entmilitarisierung nur auf der einen Seite unter gleichzeitiger stärkster Armierung auf der anderen schaffe eine Rechtfertigung, die kein Vertrauen aufkommen lasse.

Die ersten russischen Auswanderer auf deutschem Boden.

Großkuhnau. Kurz nach Mitternacht traf der erste Transport deutschstämmiger Bauern aus Russland in Großkuhnau ein. Er bestand aus 244 Erwachsenen und 157 Kindern. Nach der Desinfektion wurden die Flüchtlinge in die Schlafräume geführt. Die Auswanderer trugen außer der Kleidung, die sie tragen, nur noch Betten und Decken. Einer der Flüchtlinge gab der Freude Ausdruck, auf deutschem Boden angelangt zu sein. Der erste Weitertransport nach Hammestein via Marienburg verlässt Großkuhnau bereits Montag abend und trifft Dienstag früh in Hammestein ein.

Zur Ankunft der deutschen Auslandflüchtlinge.

Alle Vorbereitungen getroffen.

R.R. Zum Empfang der jetzt einliegenden höheren Transporte der aus Sibirien abwandernden deutschen Bauern und zu ihrer Unterbringung sind, der Wohlfahrts-Korrespondenz aufsorge, alle Vorbereitungen getroffen. Das Deutsche Rote Kreuz hat 17 Notkreuzschwestern nach Großkuhnau gefaßt, um jegliche Hilfeleistung zu bieten. Auch in Swinemünde stehen Schwestern und Sanitätsmannschaften zur Verfügung. Es ist selbstverständlich, daß nach der Ankunft der deutschen Flüchtlinge für deren Versorgung gesorgt ist. Die gefundene heilige Unterbringung und die damit verbundene Desinfektion der Kleidung wird sorgfältig erfolgen. Das Deutsche Rote Kreuz hat 14 Baracken mit Badeeinrichtungen usw. aufzustellen lassen. Nach der Sanierung geht die Fahrt von Großkuhnau weiter über Königsberg, Elbing, Marienburg und Schneidemühl in das Lager von Hammestein. Die Befreiung zeigt erfreulicherweise die größte Teilnahme für die in die trostloseste Lage geratenen deutschen Brüder. Auf jeder Station sollte ihnen dies immer wieder durch die Darbietung reichlicher Versorgung zum Ausdruck gebracht werden. Aus gesundheitlichen Gründen dürfte jedoch den seit Monaten Darbenden zunächst eine rationierte Ernährung dienlicher sein. Das Lager von Hammestein ist allmählich für 4-5000 Flüchtlinge aufnahmefähig. Da im Laufe der nächsten Zeit die von der Sowjetregierung mit Ausreiseerlaubnis versehenen 4000 deutschen Bauern auf deutschem Boden eintreffen werden und diese vertrieben gleichsam nur das nackte Leben gerettet haben, so müssen wir ihnen helfen. Die Reichsregierung tut, was in ihren Kräften steht. Das Schicksal eines Deutschen geht jedoch einen jeden Deutschen an. Die Reichsregierung „Brüder in Not“ ist die einheitliche Sammlung für die Spenden. Der Reichspräsident ist ihr bekanntlich als erster mit einem über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Betrage beigetreten. Alle Postanstalten und Großbanken nehmen auf Konto „Brüder in Not“ Spenden entgegen; ebenso das Postcheckkonto Berlin 117 200 „Brüder in Not“ (Deutsches Rotes Kreuz).

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkspur.) Der Gesetzesentwurf „Zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Gewerbes“ ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Die Reichsregierung hat die Abänderungen des Reichsrates vollständig übernommen, so daß dem Reichstag in keinem Punkte eine Doppelvorlage gemacht worden ist.

Die belgische Kabinettstrafe. Noch keine Regierung gebildet.

Brüssel. Der Nationalrat der liberalen Partei beschäftigte sich am Sonntag mit der politischen Lage und beobachtete mit der Spannungslage. Es wurde eine Entschließung angenommen, die keinen Zweck darüber läßt, daß die liberale Partei für eine Islamisierung der Gentler Universität eintritt. Da sich auch die Christlich-demokratische Partei, die ebenfalls am Sonntag eine Sitzung abgehalten hat, für die sofortige Islamisierung der Gentler Universität ausgesprochen hat, erwartet man, daß die Bildung des katholisch-liberalen Kabinetts möglicherweise schon am Montag erfolgen wird. Es bleibt allerdings noch die Frage der Spezialschulen zu klären, die der Universität angegliedert sind. Da die Liberalen im Gegenzug zu den Islamen fordern, daß bei diesen Schulen flämische und französische Abteilungen eingerichtet werden und daß das Parlament über diese Frage entscheiden soll, wird allerdings eine Verzögerung in

Das Rheinland auch politisch frei.

Die südliche Regierung zur Befreiung der 2. Zone.

Dresden. (Funkspur.) Ministerpräsident Dr. Wagner hat namens der ländlichen Regierung folgendes Telegramm an den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun gesandt:

„Namens der ländlichen Staatsregierung spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zur Befreiung der 2. Zone des befreiten Gebietes aus. Mit dem gesamten deutschen Volke dankt auch Sachsen der Bevölkerung dieser preußischen Landesteile für die Treue, die sie dem Vaterlande in schwerster Zeit gehalten hat.“

Dr. Wagner, Ministerpräsident.“

Glückwunsche Tirols zur Rheinlandbefreiung.

Innsbruck. (Funkspur.) Die Tirolerische Volkspartei von Tirol sandte anlässlich der Rheinlandbefreiung an den Reichspräsidenten ein Telegramm, in dem der Reichspräsident und das ganze deutsche Volk zur Befreiung des Rheinlandes als weiterer Tappe auf dem Wege zu Deutschlands Freiheit beglückwünscht werden. Der Deutschen Volkspartei wurden gleichfalls herzliche Glückwünsche zur Befreiung des Rheinlandes als Frucht der erfolgreichen Politik ihres toten Führers übermittelt.

Glückwunsch der Stadt Graz

zur Räumung der 2. Zone.

Graz. (Funkspur.) Bürgermeister Wachtl hat an den Oberpräsidenten in Koblenz und an die Oberbürgermeister von Nauen, Koblenz und Düren folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet: Graz, Steiermark Hauptstadt, sendet frohe Grüße und herzliche Glückwünsche zur Wiedererlangung der Freiheit, des kostbarsten Gutes des deutschen Volkes.

Kronaniederlegung der befreiten Städte am Grabe Stresemanns.

* **Berlin, 1. Dez.** Die Städte Koblenz und Nauen ließen am heutigen Sonntag vormittag zur Erinnerung an die Befreiung der zweiten Zone von fremder Besetzung am Grabe des verstorbenen Reichsausßenministers Dr. Stresemann zwei große Bogenkränze niederlegen. Der Kranz der Stadt Koblenz ist mit Schleifen in den Farben des Reichs und der Stadt rot-weiss geschmückt, die die Inschrift „Stadt Koblenz“ tragen. Die Schleife des Kranzes der Stadt Nauen zeigt die schwarz-gelben Fahnen dieser Stadt mit der Inschrift „Zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt Nauen“. Eine besondere Feier war mit der Kronaniederlegung nicht verbunden.

Schwerer Unfall bei einer rheinischen Befreiungsfeier.

Rheindorf. (Funkspur.) Hier hat sich bei der Befreiungsfeier ein schwerer Unfall ereignet, der zwei Todesopfer forderte. Ein anscheinend zu stark geladenes Rohr, der um Mitternacht als Einleitung der Befreiungsfeiern entladen werden sollte, explodierte. Dabei wurden der 26jährige Schmiedemeister Stephan Mahlberg aus Rheindorf, der seit kürzlich die Meisterprüfung bestanden hatte, und sein Lehrmeister Auer aus Erdorf bei Rheindorf schwer verletzt. Mahlberg ist bald daraus, Auer im Spatz des Sonntags gestorben. Drei andere Verletzte befinden sich außer Lebensgefahr.

Regelung der Mietverhältnisse gefordert.

W.B. Berlin. Die Reichstagsfraktion bei Wirtschaftspartei hat den Entwurf eines Übergangsgegesetzes zur Regelung der Mietverhältnisse eingereicht. Die Wirtschaft soll eine entweder durch Zusätzliche veränderliche Normalmiete oder eine auf freier Vereinbarung beruhende festgestellt sein. Für Kleinwohnungen bis zu 60 Quadratmeter Raumfläche und für unbefristete Mietverträge soll auf Antrag eines Vermieterfeststellend nur die Normalmiete gelten. Diese soll der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 entsprechen. Durch sie werden sämtliche Hausbewirtschaftungskosten nach dem Stande vom 1. Oktober 1929 abgeglichen. Zu dieser Grundmiete treten Zusätze für die Haussatzsteuer und alle nach dem 1. Oktober 1929 für den Haushalt etwa neu auftretende Steuern. Mieträume aller Art sollen nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs handhabbar sein. Für die Klage wegen Herausgabe eines geplünderten Raumes soll das Mietshögericht zuständig sein. Der Klage soll ein Vergleichsverfahren vorausehen. Mit dem Inkrafttreten dieses Übergangsgegesetzes, für das der 1. April 1930 vorgeschlagen wird, sollen das Reichsmietengesetz, das Mietverhältnisgesetz und das Wohnungsmangelgesetz außer Kraft treten. Letzteres mit Ausnahmen für solche Gemeinden, in denen eine gewisse Zwangsverteilung von Wohnraum noch nötig ist. Wohnungs- und Mieteinstigungsamt sollen spätestens am 1. Oktober 1930 aufgelöst werden. Am 31. Dezember 1931 soll das Übergangsgegesetz wieder außer Kraft treten.

Schwere Zusammenstöße auf dem Darmstädter Bahnhof.

Frankfurt (Main). Telunion. Als etwa 260 Frankfurter Stahlbeamte, die an der Kundgebung in Darmstadt teilgenommen hatten, am Sonntag abend nach Frankfurt zurückzufahren wollten, kam es auf dem Hauptbahnhof zu einer Schlägerei mit Stahlbeamtengegnern, bei der es auf beiden Seiten mehrere Verletzte gab. Beamte der Kriminalpolizei versuchten den Streit zu schlichten. Dabei wurde ein Kriminalbeamter verprügelt. Die Beamten des nächsten Polizeireviers, die sofort herbeigeeilt waren, konnten die Ordnung wieder herstellen. Nachdem die Stahlbeamten den Zug bestiegen hatten, kam es zu neuen Schlägereien, bei denen der Leiter der polizeilichen Kriminalabteilung, Regierungsrat Bach aus dem Zug heraus einen Schlag gegen seine Brille erhielt und eine Augenverletzung davontrug. Die Darmstädter Polizei benachrichtigte inzwischen die Frankfurter Polizei von den Vorgängen in Darmstadt, worauf die Stahlbeamte auf dem Frankfurter Hauptbahnhof von der Polizei festgenommen und über die Bahnstrecke nach Frankfurt um zu verlassen, die Türe festzuketten.